

S P E Z I A L D E B A T T E

der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion
zum Budget 2013/2014

gehalten von

Gemeinderat Christoph Hötzl

am 16.05.2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne,
hoher Gemeinderat!

Zu vorgerückter Stunde, als gefühlt hundertster Redner zum Budgetvoranschlag 2013/2014 zu Wort zu kommen, birgt für mich natürlich die Gefahr der Wiederholung in sich. In meinen Darstellungen geht es vordergründig darum, Aspekte des gegenwärtigen Voranschlages herauszuheben und sie auch aus dem Blickwinkel der städtischen Wirtschaft zu beleuchten. Gewiss war – mein Parteikollege und Klubobmann Armin Sippel hat dies bereits detailliert ausgeführt – die Haltung der FPÖ betreffend die Haushaltsplanungen vergangener Jahre eine konstruktiv-kritische. Diese Haltung behalten wir auch bei, sind wir uns doch der Tatsache bewusst, dass auch der gegenwärtige Voranschlag nur einen kleinen Schritt zur Budgetkonsolidierung darstellt. Ein kleiner aber wichtiger Schritt, wie ich meine, weil er in die richtige Richtung führt.

Erstmals bekennen sich Mitglieder der Stadtregierung offen, wie beispielsweise im Grazer Stabilitätspakt, zur Einhaltung einer Schuldenobergrenze und damit auch zu einem wirksamen Instrument, um die weitere Verschuldung unserer Stadt einzudämmen. Resultierend aus dem ESM und der bereits zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vereinbarten Schuldenbremse, ist mit einem Verbot der Neuverschuldung für öffentliche Gebietskörperschaften in absehbarer Zeit zu rechnen. Die selbst auferlegte Schuldenobergrenze von rund € 1,3 Mrd. bis zum Jahr 2016/17, zu der sich ÖVP, SPÖ und FPÖ bekennen, ist ein Instrument der politischen Vorsorge. Sie ist auch ein Instrument der Verantwortung gegenüber kommenden Generationen. Dieser Budgetentwurf ist getragen von vor allem pragmatischen Überlegungen, er trifft Vorsorge für jene Maßnahmen, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen oder aber auch aus dem Prinzip der Notwendigkeit zur Erledigung anstehen. Der öffentliche Sparwille auf der einen Seite und die Interessen privater Handels- und Gewerbetreibender auf der anderen Seite stehen einander bisweilen diametral entgegen. Das bedeutet nicht zwangsläufig, dass ein Miteinander auszuschließen ist, das bringt aber für die politischen Entscheidungsträger durchaus Probleme mit sich. Unter dem Blickwinkel, dass die städtische Wirtschaft der Motor unserer Stadt ist, und neben zahlreichen Abgaben auch Arbeitsplätze sichergestellt werden, gilt es, sich einzubekennen, dass auch ein zu exzessiver Sparkurs ein gewisses Gefahrenpotenzial in sich birgt. Die Stadt als Auftraggeber für wirtschaftliche Unternehmungen, die Stadt als Bereitsteller jedweder Form von Infrastruktur, muss sich auch ihrer Rolle als Wirtschaftsförderer bewusst sein. Wenn nun einzelne Parteien darangehen wollen, soziale Träume und Wunschvorstellungen zu realisieren, dann müssen sich gerade diese Parteien der Tatsache bewusst sein, dass diese Maßnahmen Geld kosten, Geldmittel, die an anderer Stelle sodann wiederum fehlen werden. Ich habe gerade bei – um das Kind beim Namen zu nennen - der KPÖ den Eindruck, dass ihre Geschenks- und Klientelpolitik im Vordergrund steht, dass aber jene Geldmittel, die zur Umsetzung dieser Maßnahmen notwendig sind,

einfach als vorhanden angesehen werden. Das ist ein fundamentaler Irrtum, der ebenso offenkundig wie schwerwiegend ist. Hierbei fällt auf, dass sich die KPÖ seit der Gemeinderatswahl 2012 noch nicht zu der Frage geäußert hat, woher die Geldmittel für ihre Ideen und Vorstellungen letztendlich kommen sollen. Man spricht sich kategorisch gegen jedwede Art von Gebührenerhöhungen, ja sogar gegen Indexanpassungen aus, möchte aber gleichzeitig das Leistungsvolumen der Stadt Graz im sozialen Bereich weiter ausdehnen. Dieses nicht unbedingt nachhaltige Wirtschaftssystem hat bereits die DDR und auch die UdSSR an den Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruches geführt.

Wir halten also fest, dass die Stadt Graz bei der Erledigung ihrer Aufgaben selbstgesetzte finanzielle Grenzen nicht überschreiten darf. Sie muss dabei gesetzliche Verpflichtungen erfüllen, hat ein bestehendes Sozialsystem zumindest in großen Zügen aufrecht zu erhalten und soll auch der städtischen Wirtschaft tatkräftig unter die Arme greifen. Wollte man bei diesem Vorhaben ohne inhaltliche Beschränkung, ohne die Bereitschaft, das Notwendige vom Luxus zu trennen, vorgehen, so würde dies dem Versuch gleichkommen, die Quadratur des Kreises vollziehen zu wollen. Es ist daher ein Gebot der Vernunft, dass sich vor allem ÖVP, SPÖ und FPÖ bei gegenwärtiger Budgeterstellung an einer rigorosen Schwerpunktsetzung orientieren mussten. Zurückkommend zur Ausgangslage, die städtische Wirtschaft verstärkt unterstützen zu wollen, kann ich mich einer kritischen Zustandsanalyse nicht verweigern. Gerade Klein- und Mittelbetriebe im Handelssegment finden sich in Graz vor großen teils unbewältigbaren Problemfeldern wieder. Eine große Dichte an Einkaufszentren im Grazer Umland stellt für zahlreiche Handelsbetriebe eine starke Konkurrenz dar. Hinzu kommt eine verkehrstechnische Erschließung, die das Einkaufen in der Grazer Innenstadt beispielsweise nicht erleichtert. Während zahlreiche Einkaufszentren mit entsprechenden Parkmöglichkeiten ausgestattet sind, können städtische Handelsbetriebe mit diesem Vorzug leider nur selten aufwarten. Es bleibt also festzuhalten, dass gerade hier aufgrund sträflicher Vernachlässigung seitens der Politik der vergangenen Jahre ein Missverhältnis hergestellt wurde, das einseitig zu Lasten der Handels- und Gewerbebetriebe der Stadt Graz geht. Ich sehe in der Arbeit der gegenwärtigen Stadtregierung erstmals den Versuch, dieser Problemstellung wirksam zu begegnen. Beispielgebend sei angeführt, dass mit dem Versuch, die öffentlichen Verkehrsmittel in der Grazer Innenstadt für die Fahrt von jeweils einer Station gratis zur Verfügung zu stellen, ein wirksames Instrument vorliegen könnte, um die Innenstadt als Wirtschaftsstandort zu beleben. City-Shopping statt Shopping-City – so lautete bereits ein Vorschlag der Grazer FPÖ in ihrem Wahlprogramm für die GRW 2012. Die daraus resultierenden positiven Effekte dienen der Belebung der Wirtschaft und könnten im Optimalfall auch zur verstärkten Ansiedlung weiterer Betriebe in der Grazer Innenstadt führen. Die aus diesem Umstand lukrierten Abgaben und zu erwartenden Arbeitsplätze werden gewiss ihren positiven Effekt auf das Budget der Stadt Graz in den kommenden Jahren haben.

Nicht zuletzt gilt es auch der Erreichbarkeit unserer Stadt ein entsprechendes Maß an Aufmerksamkeit zu schenken. Die Belebung des Grazer Flughafens, der Versuch, weitere Fluglinien zur Direktverbindung mit unserer Stadt zu bewegen, sind auch in diesem Bereich

ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ebenso sollte eine Intensivierung des Bahnverkehrs angestrebt werden. Es bleibt also die Conclusio, dass neben einer effektiven und sparsamen Haushaltsführung auch die Belebung der Wirtschaft positive Effekte auf den städtischen Haushalt hat. Neben dem Extrem des fahrlässigen und geradezu verschwenderischen Wirtschaftens gibt es aber auch noch das negative Phänomen des Kaputtsparens. Der vorliegende Haushaltsentwurf 2013/2014 stellt den ersten Schritt auf dem zugegeben schmalen Pfad zwischen diesen beiden Extremen dar. Gezielte, wohldosierte Impulse auf der einen Seite stehen dem Prinzip der Sparsamkeit und der Budgetkonsolidierung auf der anderen Seite gegenüber. Beide Grundsätze sollen einander hierbei die Waage halten und uns am Ende des Weges, wenn auch erst in Jahrzehnten, an einen Punkt führen, an dem es kommenden politischen Generationen ermöglicht wird, auch Projekte umzusetzen, die über das Maß der unbedingten Notwendigkeit hinausgehen. Wir sind gegenwärtig gewiss gezwungen, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu setzen, die bisweilen als schmerzlich empfunden werden können. Ich halte aber fest, dass die FPÖ Graz vor diesem Umstand seit mindestens zehn Jahren gewarnt hat, dass wir aber dennoch bereit sind, trotz fehlender Ursächlichkeit unserer Partei den Weg der Budgetkonsolidierung mitzubeschreiten und hierbei auch Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen keine Versprechen abgeben, die künftige Generationen finanziell belasten, wir wollen nicht für das Wohlwollen im Augenblick werben, wir wollen über die nächste Wahl hinaus einen zukunftssträchtigen Weg beschreiten. Wir verteilen keine Geschenke, wir bieten Lösungen. Das ist der Freiheitliche Weg, das ist der Weg, der aus diesem Stabilitätspakt resultiert.